

Beschluss des Landrats vom 11.03.2021

Nr. 815

19. Minimierung weiterer Lockdown-Schäden

2021/72; Protokoll: ama, ps, pw

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Roman Brunner (SP) möchte nicht, dass der Regierungsrat sich in Bern für eine umgehende Lockerung des Lockdowns einsetzen müsse. Selbstverständlich sehnt sich auch Roman Brunner nach Lockerungen und Normalität, das soll aber nicht dazu führen, dass kopflos in eine dritte Welle gerannt wird. Die Pandemie lässt sich nicht wegentscheiden oder wegdiskutieren. Das Virus interessiert sich nicht für Lockerungswünsche und seit dieser Woche steigen die Fallzahlen auch wieder. Wir tun daher gut daran, Lockerungen wohlüberlegt und dosiert sowie abgestimmt auf die epidemiologische Lage, das Voranschreiten der Impfkampagne und ein funktionierendes Contact Tracing mit entsprechendem Testvolumen abzustützen. Diesbezüglich ist die Forderung des Postulats nicht zielführend. Im internationalen Umfeld sind die Schweizer Massnahmen relativ moderat, auch wenn das öffentliche und das private Leben dadurch massiv eingeschränkt wurde und noch immer wird. Gerade darum ist es wichtig, dass seitens Staat eine entsprechende wirtschaftliche Unterstützung geleistet wird. Diese Unterstützungsmassnahmen, auf welche die arbeitende Bevölkerung und unsere KMU dringend angewiesen sind, wurden vonseiten SVP sowohl kantonal als auch national nicht immer mitgetragen.

Die Forderung des vorliegenden Postulats ist auf jeden Fall falsch und sie entbehrt einer wissenschaftlichen Grundlage. Unsere Regierung soll sich in Bern nicht bedingungslos für umfassende Lockerungen einsetzen, sondern mögliche Lockerungsschritte differenziert beurteilen und umsetzen. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) geht davon aus, dass jedes Landratsmitglied eine eigene Einschätzung der aktuellen Lage habe, abhängig von Betroffenheit, Perspektive, etc. Alle wünschen wir uns eine Rückkehr zur Normalität und keine nächste Welle. Dies ist auch der dringende Wunsch der Grünen/EVP-Fraktion. Allerdings liegt der aktuelle R-Wert wieder über 1, dies mit steigender Tendenz. Das Impfen schreitet langsam voran und das grossflächige Testen ist eben erst angelaufen. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt diese wichtigen Massnahmen zur weiteren Stabilisierung der Situation und wünscht sich Lockerungen, sobald es die aktuelle Lage erlaubt. Das vorliegende Postulat fordert de facto die Aufhebung sämtlicher Massnahmen per sofort, inklusive die Home-Office-Pflicht. Dies bedeutet nicht eine Lockerung, sondern eine Öffnung sämtlicher Angebote mit Ausnahme derjenigen der FHNW und der Universität. Warum gerade diese Institutionen geschlossen bleiben sollen, erscheint der Rednerin nicht klar. Eine Übersteuerung des Bundesrats, der Task Force und der Wissenschaft mit pauschalen Forderungen wird als nicht zielführend erachtet. Bisher fuhren wir in unserem Kanton gut mit den Massnahmen, welche der Bund aufgrund des bewährten Zusammenspiels zwischen Kanton und Task Force erlassen hat. Dazu gehört ein fortwährendes Abwägen zwischen der Auslastung der Spitäler, den Forderungen der Wirtschaft und der physischen und psychischen Gesundheit der Bevölkerung. Dabei muss auch stets ein Blick auf die Langzeitschäden in allen genannten Bereichen geworfen werden. Trotz der genannten Aspekte werden einige Mitglieder der Grünen/EVP-Fraktion das vorliegende Postulat unterstützen, weil sie sich eine umsichtige und schrittweise Öffnung wünschen, dies vor allem mit Blick auf die Langzeitschäden oder weil sie einzelne der momentanen Massnahmen als nicht mehr sehr konsistent erachten. Eine Mehrheit der Fraktion spricht sich jedoch gegen eine

Überweisung des Postulats aus, denn eine pauschale Forderung des Parlaments nach Öffnung wird als fahrlässig erachtet. Der Regierungsrat soll aufgrund der aktuellen Fakten entscheiden können, denn er muss letztlich die Wirkung seiner Entscheide auch verantworten.

Peter Riebli (SVP) betont, eine sofortige, bedingungslose Öffnung werde nicht gefordert. Die SVP-Fraktion ist jedoch der Meinung, unsere Kantonsregierung solle sich in Bern für eine Lockerung stark machen. Ein Teil der SVP-Forderungen wurde zwischenzeitlich bereits erfüllt. Die Geschäfte, Museen und ein Teil der Freizeitanlagen sind wieder offen, jedoch fehlt bei diesen Beschlüssen die Konsistenz. Weshalb kann ich ein Museum besuchen, aber im Zoo nicht das Terrarium? Derartige Beispiele gäbe es viele. Mit dem vorliegenden Postulat möchte die SVP-Fraktion unsere Regierung unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, dem Kanton und dem BAG wird als gut bezeichnet. Liest man jedoch die letzte Vernehmlassung unseres Kantons zu den Öffnungsvorschlägen des Bundesrats, so stellt man fest, dass sich dieser überhaupt nicht an die verschiedenen Kantonsvernehmlassungen hielt, im Gegenteil. Wäre es nach den Kantonen gegangen, wären beispielsweise die Einkaufsläden nie geschlossen worden. Mit dem nun vorliegenden Vorstoss soll dem Regierungsrat der Rücken gestärkt werden, damit dieser seine Anliegen in Bern mit dem Rückhalt des Parlaments vertreten kann.

Der Bund und die Kantone leisten grosse finanzielle Unterstützungen und die Hälfte des Parlaments kann sich offenbar nicht vorstellen, dass viele Menschen lieber arbeiten, als dass sie milde Gaben vom Staat erhalten. Viele Unternehmer wollen ein selbstbestimmtes Leben führen und ihr Geld selbst verdienen, sie möchten sich nicht in eine Abhängigkeit vom Staat geben. Sie haben Millionenbeträge in funktionierende Schutzkonzepte investiert. Die SVP verlangt, wie bereits erwähnt, keine bedingungslose Öffnung, sondern dass Geschäfte und Freizeiteinrichtungen mit funktionierenden Schutzkonzepten wieder öffnen dürfen. Es geht der SVP also um Lockerungen. Peter Riebli zeigt sich erstaunt über die Haltung der Grüne/EVP-Fraktion: Stephan Ackermann meinte im Rahmen der letzten Diskussion zu einer Interpellation der SVP-Fraktion zum gleichen Anliegen, eine Interpellation sei nicht das richtige Mittel. Eine Prüfung sowie eine seriöse Vorgehensweise seien notwendig. Aus diesem Grund liegt nun ein Postulat vor, welches eine entsprechende Prüfung zulässt. Mit einer Überweisung des Postulats könnte dem Regierungsrat der Rücken für seine Vernehmlassungen in Bern gestärkt werden. Das Virus ist hier und wird nicht mehr weggehen. Wir müssen lernen, damit zu leben. Dies kann nicht bedeuten, dass alles geschlossen wird und bleibt. Der Redner bittet seine Ratskolleginnen und -kollegen daher eindringlich, das vorliegende Postulat zu überweisen und dem Regierungsrat damit den Rücken zu stärken.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) unterbricht die Debatte für die Mittagspause. Danach geht es mit der Fragestunde weiter und dann mit der Diskussion zu Traktandum 19.

Die Debatte wird am Nachmittag fortgesetzt.

Christof Hiltmann (FDP) möchte Peter Riebli unterstützen. Die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats im Sinne einer Handlungsanweisung an den Regierungsrat zu. Der Regierungsrat machte bislang bei der Krisenbewältigung einen guten Job. In seinen Handlungen und Vernehmlassungen hat er die gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken sorgfältig abgewogen. Er verfolgte einen pragmatischen Kurs. Er erliess weniger Einschränkungen als der Stadtkanton und wies trotzdem keine schlechtere Corona-Bilanz auf. Nun werden die Kantone vom Bund wieder übersteuert, weshalb es wichtig ist, diesen Spirit nach Bern zu tragen. In Zeiten, in denen die Pandemie zunehmend wirksam bekämpft wird und die vulnerablen Gruppen durch eine Impfung geschützt werden können, ist es wichtig, Entscheide zu treffen, welche die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken minimieren. Die finanziellen Hilfspakete für das Gewerbe müssen durch eine Wiedereröffnung abgelöst werden. Dazu gehört eine progressive

Haltung bei der Lockerung der Coronamassnahmen, selbstverständlich unter Berücksichtigung angemessener Schutzmassnahmen, wie es im Postulat steht. Dazu gehört auch, die Entscheidungsgrundlagen des Bundes kritisch zu hinterfragen. Es kann nicht sein, dass nur die Ansteckungszahlen Massnahmen zur Folge haben, nun, wo die gefährdeten Menschen zunehmend geschützt werden. Den Menschen und der Wirtschaft müssen die verfassungsmässigen Rechte zurückgegeben werden. Die Kantone sind in weiten Teilen näher bei den Lebens- und Gewerbe- realitäten als der Bundesrat. Das Postulat wird nicht als konkrete inhaltliche Anweisung verstanden – diesbezüglich darf ein pragmatischer Ansatz verfolgt werden – sondern als generelle Unterstützung des Regierungsrats, seine bisherige Haltung in der Pandemiebewältigung noch stärker nach Bern zu tragen und eine stärkere eigene Handlungsfreiheit einzufordern.

Laura Grazioli (Grüne) gehört zur Minderheit der Grüne/EVP-Fraktion, die den Vorstoss überweisen wird. Der Schaden der aktuellen Massnahmen wird im Verhältnis zum Nutzen immer grösser. Dies gilt nicht nur für den wirtschaftlichen Schaden, sondern auch für die psychosozialen Folgen des Lockdowns. Der Lockdown schadet den Schwächsten der Gesellschaft am meisten: den Kindern und Jugendlichen, den Alleinerziehenden und den Geringverdienenden. Man weiss, wie immens die negativen psychologischen Folgen sind. Der Landrat wird sich auch heute bei Traktandum 24 (Postulat von Patricia Bräutigam) damit auseinandersetzen, wenn es dazu kommt. Die Schwächsten der Gesellschaft sind auch finanziell am stärksten betroffen. Denn es mussten vor allem diejenigen Wirtschaftszweige Einbussen hinnehmen, in denen die Einkommen häufig bereits im unteren Bereich der Einkommensverteilung liegen. Die Krise wirkt dadurch atypisch auf die Verteilung der Haushaltseinkommen. Es besteht die Gefahr, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrössert wird.

Schliesslich werden unzählige Vorsorgeuntersuchungen wegen Corona nicht durchgeführt. Deswegen droht als nächstes eine Krebs epidemie, wie die WHO jüngst gewarnt hat.

Politisches Handeln muss ein ganzheitliches Abwägen zwischen den betroffenen Bereichen und Faktoren sein. Aktuell wird die medizinische, auf Corona reduzierte Perspektive überproportional hoch gewichtet. Es erscheint eminent wichtig, rasch wieder ein besseres Gleichgewicht herzustellen.

Urs Kaufmann (SP) führt aus, das Postulat sei ein rein politisch motivierter Auftrag an den Regierungsrat. Die aktuelle Corona-Lage soll nicht mehr vom Regierungsrat aus wissenschaftlicher und gesundheitspolitischer Sicht beurteilt werden. Der Regierungsrat soll sich nur noch mit Nachdruck für weitere Lockerungen einsetzen. Peter Riebli warf der SP Menschenverachtung vor, nur weil sie einen Abklärungsauftrag nicht als dringlich erachtete. Persönlich erachtet der Redner die von Peter Riebli und der SVP geforderte Politik, die nur noch ausschliesslich auf Lockerungen ausgerichtet ist, als menschenverachtend. Mit dem Postulat wird dem Regierungsrat nicht geholfen. Der Regierungsrat muss weiterhin die aktuelle Corona-Situation beachten und eine Abwägung zwischen der gesundheitlichen Situation und möglichen Lockerungen vornehmen. Eine Vorgabe des Landrats, sich nur noch für Lockerungen einzusetzen, ist einseitig und gefährlich. Gerade angesichts der drohenden dritten Coronawelle wäre dies fahrlässig.

Marco Agostini (Grüne) hat bei seinem Mittagsspaziergang nicht festgestellt, dass alles geschlossen sei. Vielleicht war die Wortwahl nicht unbedingt geeignet. Ein Teil ist geschlossen, und da gilt es, Abhilfe zu schaffen. Der Redner unterstützt die Überweisung grundsätzlich. Der Grund ist sein Vertrauen in den Regierungsrat, und zwar in den ganzen Regierungsrat. Dies gilt auch für den Bundesrat: Es entscheiden alle gemeinsam und nicht nur einer ist der Buhmann.

Adil Koller (SP) hatte Zeit, den Vorwurf zu verdauen, den Vorstoss nicht gelesen zu haben. Vielleicht hat Peter Riebli das ja nicht getan. Dieser Vorstoss wurde ja schweizweit eingereicht, mit

ähnlichem Wortlaut, allenfalls wurden einige Kommata versetzt. Er ist auch als Inserat erschienen und wurde in den Tageszeitungen abgedruckt. Mit grossen Lettern kann man von «Manipulation durch Bundesrat Berset» lesen. Als der Vorstoss eingereicht wurde, war der Begriff «Corona-Diktatur» noch nicht erfunden, weshalb dieser noch nicht im Inserat stand. Eigentlich ist es Realsatire, was hier betrieben wird. Es geht nicht mehr um den Inhalt. Die SVP hat einen Gesundheitsdirektor in ihrer Partei. Weshalb werden diese Gespräche nicht dort geführt? Die Gesundheits- und Wirtschaftspolitik der SVP in der Coronakrise ist zum Haareraufen. Bundesrat Maurer ignoriert alle Ökonomen und Ökonominen der Taskforce und spricht von einer erdrückenden Schuldenlast. «Erdrückend» und «Last» ist überhaupt nichts. Das sagen alle, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Die SVP ist kantonal und national immer auf die Geldbremse gestanden. Wenn es um die Unterstützung der KMU ging, kam aus der SVP-Ecke ein «Aber». Die Betriebe mussten länger warten oder erhielten keine Unterstützung bei den Mieten auf nationaler Ebene. Gesundheitspolitisch werden auch alle Expertinnen und Experten ignoriert. Die SVP ist wie ein Kind, das bereits zweimal die heisse Herdplatte angefasst hat und sich überlegt, sie ein drittes Mal anzufassen. Der Redner kann die Aussage von Laura Grazioli unterstützen, dass die tiefen Einkommen am meisten unter der Krise leiden müssen und direkt durch die Ungleichheit und die sich öffnende Schere betroffen sind. Deshalb muss man gemeinsam dafür einstehen, dass die tiefen Einkommen unterstützt werden, zum Beispiel mit aufgestockten Kurzarbeitsentschädigungen. Wichtig ist in solchen Krisen auch, dass man in Alternativen denkt. Überlegt man sich, dass die Pandemie weiterhin stärker grassiert, auch mit den Mutationen, wird dies einen direkten Einfluss auf die Wirtschaft haben, auch wenn es keinen Lockdown gibt. Die Wirtschaft hat bereits ohne Einschränkungen Mühe, wenn eine Pandemie grassiert, weil die Leute weniger konsumieren. Eine Wirtschaftskrise, die unbändig loslegt, wird die tiefen Einkommen ebenso stark treffen. Die auch immer wieder in diesem Saal geäusserte Behauptung, der Bund übersteure die Kantone, ist falsch. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das Epidemiengesetz vor einigen Jahren angenommen. Es wurde beschlossen, dass in einer solchen Situation der Bund die Kantone konsultiert und dann entscheidet und als Gremium zuständig ist. Übersteuert wird nicht. Jetzt gibt es Impfstoffe und immer mehr Dosen werden geliefert. Bis im Sommer – entweder Früh-, Spät- oder Mittelsommer – werden alle geimpft sein, die dies wollen. Lockerungen ja, aber bitte vorsichtig. Nun wurde auch ein Ampelsystem eingeführt; wenn die verschiedenen Werte im grünen Bereich sind, kann man lockern. Es braucht keine Änderungen im Covid-Gesetz und keine Beendigung der Pandemie per Gesetz. In der Konsequenz braucht es auch keine weiteren Inserate der SVP und auch keinen solchen Vorstoss. Deshalb ist die SP-Fraktion gegen Überweisung.

Marc Schinzel (FDP) findet es spannend, dass Adil Koller weiss, was es alles nicht brauche. Das Virus ist eine Geissel aller. Niemand hier möchte menschenverachtend politisieren, das attestiert der Redner jeder und jedem in diesem Saal. Mit dem Virus muss man noch lange leben und umgehen. Nun braucht es auch intelligente Strategien. Die Impfung ist ein zentraler Pfeiler. Auch Testen, was die FDP auch immer gefordert hat, ist ganz zentral, und das wird getan, gerade durch die Bildungsdirektorin, die das in den Schulen eingebracht hat. Aber es braucht auch intelligente Schutzkonzepte. Sagt man immer noch, alles muss geschlossen bleiben, kann es das nicht sein. Der Redner hat viele differenzierte Stimmen gehört und ist froh darüber. Alle sind gefordert, mitzudenken. Es ist nicht der Bundesrat, der für alle denkt. Der Redner spürt, dass der Regierungsrat die Aufgabe sehr ernst nimmt und abwägt. Es müssen verschiedene Dinge abgewogen werden – Schutz, gravierendste Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft, Depressionen und häusliche Gewalt, die zunehmen. Die Balance muss mit allen zusammen gefunden werden. Es kann nicht von jemandem gesagt werden, wie es gemacht wird. Was die SVP in ihrem Vorstoss auch fordert – klar kann über die Formulierung diskutiert werden. Der Redner liest, dass die Lockerung des Lockdowns kommen soll. Es ist wichtig, den Leuten eine Perspektive zu bieten. Man kann nicht einfach

sagen, es ist immer noch gleich wie vor einem Jahr und «débrouillez-vous». Mit der Polizei alleine kann dies nicht erzwungen werden. Die Leute brauchen auch nicht nur Geld. Es geht um Lebensplanung, Berufsplanungen, Start-ups, die gegründet wurden und nicht mehr weiterkommen. Mit intelligenten Konzepten muss diesen Leuten eine Perspektive geboten werden. Dieses Signal soll nach Bern gesendet werden. Mit dem Vorstoss wird auch der Bundesrat nicht übersteuert. Es handelt sich um einen Anstoss. Die Kantonsregierung wendet sich an den Bundesrat. Man spricht miteinander. Das will der Vorstoss: Miteinander im Gespräch bleiben für intelligente, gute, fortschrittliche Konzepte und nicht einfach alles schliessen. Dies ist immer noch in gewissen Köpfen bei der SP, und wortreich wird verwedelt, dass man eigentlich kein Konzept hat, wie man aus dem Lockdown kommt.

Hanspeter Weibel (SVP) dankt Marc Schinzel für sein ausführliches Votum als Antwort auf das Votum von Adil Koller. Seine Antwort auf Adil Kollers Worte wäre vielleicht nicht so freundlich ausgefallen.

Selbstverständlich ist der Vorstoss politisch motiviert. Gab es jemals einen Vorstoss, der nicht politisch motiviert ist? Der Landrat ist ein Parlament und das, was im Rahmen der Parlamentssitzen passiert, ist Politik. Es ist nicht nachvollziehbar, dass das einem nun zum Vorwurf gemacht wird.

Das Postulat ist das Resultat einer Menge verpasster Chancen des Bundesamts für Gesundheit (BAG). Fast wöchentlich sind Meldungen über das grundsätzliche Versagen des BAG zu lesen. Zu den Meldungen vom letzten Frühjahr über nicht beschaffte Masken etc. kann man noch sagen «okay, die Pandemie hat da erst begonnen». Nun, ein Jahr später, fehlen immer noch grundlegende Konzepte und eine klare Linie. Es gilt das Prinzip des Föderalismus. Bei jeder Abstimmung wird sonst gesagt, es solle diejenige Einheit entscheiden, die möglichst nahe am Problem dran ist. Dass die Kantone konsultiert werden müssen, ist im Epidemiegesetz festgehalten. Wenn aber die Konsultation als Chance genutzt wird, um anschliessend einer Mehrheit zu sagen, dass kein Interesse am Gesagten besteht, dann kann man sich schon fragen, was der Begriff «Konsultation» überhaupt für eine Bedeutung hat. Nochmals: Das Postulat ist nichts anderes als das Resultat einer absolut katastrophalen Politik des BAG. An dieser Stelle soll nicht auch noch erwähnt werden, wer dort die Verantwortung trägt.

Es ist zu lesen, dass es während des letzten Monats eine Untersterblichkeit gab. Zu Beginn der Pandemie wurde zu Recht gesagt, das Ziel müsse sein, dass das Gesundheitswesen nicht überfordert werde. Die Belegung der Intensivpflegeplätze durch Covid-19-Patienten wurde dazu als Massstab herangezogen. Es ist allseits bekannt, dass die Auslastung in den Spitälern relativ tief ist und es gibt klare Indizien, auf wen die noch gegebene Auslastung zurückzuführen ist. Das heisst, dieses Ziel ist schon mal erfüllt. Als zweites Ziel wurde der Schutz der älteren Personen und der Risikopatienten gesetzt. Hier gibt es auch sehr unterschiedliche Schutzkonzepte oder Nicht-Schutzkonzepte. Dies wird vor allem an den Zahlen zur Übersterblichkeit in den Altersheimen ersichtlich. Es ist interessant, dass es Alters- und Pflegeheime praktisch ohne Covid-19-Fälle gibt und andere mit sehr vielen Fällen, auch Sterbefällen. Es wäre interessant, auch hier mal den Gründen nachzugehen. Langsam aber sicher gibt es in den Alters- und Pflegeheimen wirksame Schutzkonzepte, indem man die Besucher und Angestellten regelmässig testet und die Bewohner bereits geimpft hat. Der Kanton Basel-Landschaft hat die Priorisierung der Alters- und Pflegeheiminsassen bei den Impfungen hervorragend umgesetzt. Die anderen Angehörigen der Risikogruppen, die zuhause wohnen, wussten, dass sie sich selber schützen müssen und haben dies auch gemacht. Also auch beim Schutz der Risikogruppen kommt man dem Ziel schon sehr nah. Und nun gibt es plötzlich mehrere andere Indikatoren, die ins Feld geführt werden, die nichts mehr mit der ursprünglichen Zielsetzung zu tun haben. Wenn mehr Leute getestet werden ist es relativ logisch, dass auch die Rate der positiv Getesteten steigt, ohne dass dies allein schon etwas Kon-

krete aussagt. In der Statistik werden übrigens die negativ Getesteten nicht aufgeführt. Mit anderen Worten: Man befindet sich heute in einer anderen Situation als noch vor einem Jahr, als ein Lockdown oder ein Teillockdown durchaus angemessen war. Aber es fehlt jetzt für ganz viele Menschen ein Ausblick und die Möglichkeit, planen zu können. Dies betrifft nicht nur das Gastgewerbe, auch wenn dieses immer wieder als sichtbares Beispiel herangezogen wird. Dies betrifft auch den Kulturbereich etc. Es ist wichtig und richtig, ein Zeichen zu setzen, das den Regierungsrat ermuntert, die bereits bislang vertretene Haltung weiterhin zu vertreten.

Florian Spiegel (SVP) sagt, Marc Schinzel habe vorhin das richtige Wort verwendet: «Balance». Diese ist genau das Ziel des Vorstosses. Es soll das gemacht werden, was möglich ist. Jetzt wird aber probiert, wie bei Adil Koller sehr deutlich wurde, sich um den Vorstoss zu füttern und einfach generell gegen die SVP zu schießen und diese so hinzustellen, als ob sie Corona verleugnen würde. Dies ist absolut nicht richtig, denn vom Inhalt des Postulats wurde überhaupt nichts aufgegriffen. Und wenn dann noch kritisiert wird, dass die SVP den Vorstoss auch in anderen Kantonen einreicht, dann muss Florian Spiegel auch etwas schmunzeln. Denn es ist ja das Paradesystem der SP, in mehreren Kantonen koordiniert Vorstösse einzureichen. Die SVP hält dies der SP auch nicht vor. Wenn nun der Vorwurf kommt, der Vorstoss sei symbolhaft und rein medienpolitisch motiviert, dann muss man schon sagen: Die SP hat das Lehrbuch der symbolbehafteten Medienpolitik geschrieben. Und dann auch die Aussage, es sei mit der aktuellen ökonomischen Lage kein Problem, die Pandemie aufzufangen. Hier muss die Frage gestellt werden, weshalb die Schweiz heute überhaupt die Möglichkeit hat, in irgendeiner Art und Weise die finanziellen Mittel aufzuwenden. Dies hat nur damit zu tun, dass die SVP und die anderen Bürgerlichen seit Jahr und Tag vehement versuchen, eine Finanzpolitik zu machen, bei der mit Augenmass gehaushaltet wird.

Vielleicht mag es sein und vielleicht muss es sich die SVP auch gefallen lassen, dass sie die Partei ist, die so rüberkommt, als würde sie immer wieder auf die heisse Herdplatte fassen. Wenn aber die SVP diejenige Partei ist, die immer wieder auf die heisse Herdplatte fasst, dann ist die SP diejenige Partei, die zu heiss gebadet wurde. *[Heiterkeit]*

Markus Graf (SVP) kommt auf das Votum von Christoph Hiltmann zurück. Dieser hat vorhin richtig gesagt, dass es im Vorstoss darum gehe, den Geist nach Bern weiterzutragen. Und auch fortschrittliche Konzepte zu erarbeiten und nicht weiter in der staatlich verordneten Hilflosigkeit auszuharren. Das beste Beispiel konnte letzten Herbst bei den Diskussionen über Skigebiete erlebt werden. Gerade von linker Seite wurden Horrorszenarien gezeichnet: Die Öffnung der Skigebiete sei viel zu gefährlich, das Ausland macht Druck usw. Wenn man aber die Fotos der letzten Wochen auf Facebook und an anderen Orten betrachtet, wer sich da alles in den Skigebieten getummelt hat, dann muss man doch sagen, dass die Öffnung der Skigebiete das beste war, was man machen konnte – den Kindern und auch allen anderen hat die frische Luft gut getan und die Restaurantbetriebe konnten Geld verdienen und haben mit ihren Schutzkonzepten eine tadellose Leistung erbracht. Solche Statements, wie vorhin von linker Seite gemacht wurden – lieber Roman Brunner –, können nur jene machen, die jeden Monat pünktlich ihren Lohn vom Staat auf dem Konto haben, egal was gerade auf der Welt passiert. Die Restaurants wurden vorhin angesprochen. Es gibt aber auch noch viele andere nachgelagerte Betriebe, die nichts mehr verkaufen können und auf ihrer Ware sitzen bleiben. Als Beispiele können Kaffeeröstereien, der Weinbau und die Kartoffelproduzenten genannt werden. Es werden hunderte Tonnen Kartoffeln weggeworfen, weil sie niemand braucht, weil einfach nichts geöffnet hat. Die Öffnung der Skigebiete hat gezeigt, dass es etwas bringt, wenn der Druck aufrechterhalten wird. Und die Schreckensszenarien, die immer wieder von linker Seite projiziert werden, treffen einfach nicht ein. Denn die Unternehmer und die Leute sind sich ihrer Verantwortung während einer Pandemie bewusst. Aussagen, wie

diejenigen von Adil Koller, können nur von Leuten kommen, die vielleicht noch nie ihr eigenes Geld verdient haben.

Linard Candreia (SP) würde auf Rätoromanisch sagen «ferm tubac». Das, was er nun von Markus Graf gehört hat, geht schon bald nicht mehr auf eine Kuhhaut. Das Links-, Mitte-, Rechts-Schema funktioniert in der Corona-Diskussion nicht. Denn Vieles ist in der Krise nicht planbar und geschieht eher rollend. Etwas hat die letzte Zeit aber gezeigt: Man muss schnell reagieren. Ein Vorstoss, der an einem Tag eingereicht wird, ist vielleicht seit dem Vortag passé. Das Virus spielt mit der Gesellschaft Katz und Maus und ein Katz- und Mausspiel kennt doch kein Austrittsdatum. Die Exekutivorgane – die Kantonsregierungen und die Bundesregierung – sind am Ball und beurteilen die Situation immer wieder von Neuem und agieren und reagieren. Und sie machen ihre Aufgabe gut, auch im Vergleich zu anderen Ländern – wobei man auch nicht immer vergleichen sollte. In einer Pandemiesituation braucht es kleine Gremien. Als Kantonsparlamentarier ist er selber mit dem Thema überfordert. Er hat aber Vertrauen in die Institutionen, in die Verwaltungen und in die Kantons- und die Bundesregierung. Und die Regierung des Kantons Basel-Landschaft meistert die Aufgabe gut. Den Vorstoss braucht es nicht.

Anita Biedert (SVP) kommt auf das Votum von Adil Koller zurück. Sie sei der Meinung, dass die meisten Kantone für eine Öffnung gewesen wären. Der Bundesrat hatte jedoch kein offenes Ohr dafür, weshalb es wichtig ist, dass der Kanton mit diesem Anliegen wieder vorstellig wird. Und nein, gesundheitspolitisch foutiert sich die SVP überhaupt nicht. Anita Biederts Herzblut gehört den jungen Menschen und sie hat sich gerade letzthin wieder über die Lehrstellensituation informiert. Aktuell gibt es im Vergleich zum Vorjahr mehr Lehrvertragsabschlüsse, aber in der Gastronomie spitzt sich die Situation massiv zu. Dies macht die Menschen krank. Sie sind es überdrüssig, immer zurückgehalten zu werden. Und die jungen Menschen wissen nicht, wie ihre Zukunftsplanung aussehen soll. Der psychologische Schaden gerade für die jungen Menschen ist immens gross. Die Disziplin in der Bevölkerung ist gross. Die Resultate der ersten Massentests werden dies auch belegen. Das heisst, dass den Menschen, die sich schliesslich auch selber schützen wollen, mehr zugemutet werden kann als dies bislang geschieht. Weshalb denkt die Rednerin, dass sich nach den vergangenen zwölf Monaten das ganze Verhalten der Bevölkerung verändert hat? Die Wahrnehmungen und die Informationsbeschaffenheit sind anders. Aus diesem Grund möchten die Menschen auch nicht mehr zu stark entmündigt werden. Das Postulat soll ein Zeichen setzen, dass die ganze Bevölkerung aktuell an einem anderen Punkt steht als vor einem Jahr, mehr Öffnungen will und auch die Fähigkeiten besitzt, mit diesen umzugehen.

Stephan Ackermann (Grüne) ist Corona-müde und auch der Diskussionen rund um Corona müde. Ein Dank gilt dennoch den Vorrednerinnen und Vorrednern, die sich zum Thema geäussert haben. Alle hatten in ihren Voten ein bisschen recht. Die eine oder der andere – es haben sich viel mehr Männer als Frauen zu diesem Thema geäussert – hat über das Ziel hinausgeschossen. Aber etwas kann Stephan Ackermann der Diskussion abgewinnen: Er hatte Zeit, um sich über seine Haltung gegenüber dem Postulat klar zu werden. Die Vorrednerin hat von «Zeichensetzen» gesprochen. Wenn man das Postulat als Zeichensetzen anschaut, dann kann er dem Zeichen zustimmen. Die Bevölkerung kann sehr gut mit dem Thema umgehen. Den Herausforderungen, welche die Regierung zu meistern hat, muss man sich aber auch immer bewusst sein. Dies kann vielleicht auch mit der Erziehung von Kindern verglichen werden und den zugehörigen Diskussionen über das Setzen von Grenzen etc. Manchmal werden in der Erziehung aus Vorsicht auch dann Grenzen gesetzt, wenn sie noch nicht unbedingt nötig gewesen wäre – einfach aus Sicherheit, damit die Kinder nicht zum zweiten Mal auf die Herdplatte fassen oder zum zweiten Mal in zu heissem Wasser gebadet werden.

Stephan Ackermann ist überzeugt davon, dass sich der Regierungsrat mit gesundem Regierungs-

verstand weiterhin in Bern einbringen wird, wie er dies auch bisher schon gemacht hat – unabhängig dessen, ob das Postulat nun überwiesen wird oder nicht. Das Postulat ist aber ein Zeichen. Der Votant hat heute auch ein Zeichen gesetzt, indem er sich etwas Violettes angezogen hat. Dies ändert ebenfalls nichts an der Sache, aber es ist ein Zeichen.

Was auch festgestellt werden konnte: Je länger eine Person spricht, desto mehr Widersprüche enthält ihr Votum. Deshalb hört er an dieser Stelle auf zu sprechen.

Peter Hartmann (Grüne) findet es etwas gemein von Stefan Ackermann – denn einerseits ist er ein Mann und andererseits soll er sich möglichst kurz fassen. In der vorletzten Zeitung der Wirtschaftskammer war zu lesen, «dass sich insbesondere SP und Grüne gegen die Dringlichkeit des Postulats für eine umgehende Lockerung des Lockdowns von Landrat Peter Riebli sperrten». Peter Hartmann hat der Wirtschaftskammer geschrieben, dass die Aussage für die Grünen nicht zutreffen. Denn das Abstimmungsergebnis zur Dringlichkeit war bei den Grünen in sieben Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und eine Enthaltung aufgeteilt. Der Pauschalrundschatz von Peter Riebli gegen die Linken ist entsprechend unverständlich. Es ist schade, dass Peter Riebli und auch Markus Graf beim Thema Corona alle Linken in einen einzigen Topf schmeissen. Das stört nicht nur Linard Candreia. Peter Hartmann hat vor vier Wochen der Dringlichkeit des Postulats zugestimmt, denn er hätte es für richtig gehalten, die Diskussion bereits vor vier Wochen zu führen. Er hält es auch jetzt für richtig, dass diskutiert wird. Er wird sich aber bei der Abstimmung zur Überweisung des Postulats der Stimme enthalten. Einerseits unterstützt er zwar persönlich einige der gestellten Forderungen, wie z. B. in Bezug aufs Homeoffice, und ist absolut einverstanden damit, dass es noch mehr Perspektiven braucht, wie dies Marc Schinzel erwähnt hat. Er ist dankbar, dass er diesen Winter Skifahren und Langlaufen konnte. Aber mit den permanenten Nonplusultra-Forderungen der SVP und dem versuchten Maulkorb für die Wissenschaft und den Diktatur-Vorwürfen an den Bundesrat kann er sich nicht anfreunden.

Der Redner hat wie Linard Candreia Vertrauen in den Regierungsrat und in den Bundesrat, auch wenn die Grünen immer noch nicht im Bundesrat vertreten sind.

Marc Scherrer (CVP) stellt den Antrag auf Schliessung der Rednerliste; nicht um den demokratischen Prozess zu unterbinden, sondern weil er die Sinnhaftigkeit der Diskussion allmählich nicht mehr verstehe.

Was er die letzten rund eineinhalb Stunden erlebt hat, ist des Landrats unwürdig. Dies hätte vermieden werden sollen. Wenn er zurückblickt auf die letzten Monate und auf den Beginn der Krise, als der Regierungsrat sagte, er nehme das Zepter in die Hand, und der Landrat dem Regierungsrat zugeklatscht hat und davon überzeugt war, dass der Regierungsrat einen guten Job macht. Es geht Marc Scherrer überhaupt nicht um ein Bashing der SVP oder SP. Er kann sich aber an die Aussage der SVP erinnern, dass sie vollstes Vertrauen in den Regierungsrat hat und dass ein Grossteil des Regierungsrats einen Posten im Militär innehatte und die SVP deshalb mit Zuversicht in die Krise steige. Es gab damals auch Voten der SP. Nun befindet man sich irgendwo in der Mitte der Krise und der Landrat zerfleischt sich. Es kommen Vorwürfe von rechts nach links und umgekehrt. Die Argumente sind eines Parlaments unwürdig. Der Landrat hat nur bedingt Einfluss auf die Pandemie. Die Gesetze werden im National- und Ständerat gemacht und die Exekutive ist für die Umsetzung verantwortlich. Der Landrat sollte sich auf die Punkte fokussieren, auf die er auch effektiv einen Einfluss hat. Das sind beispielsweise die ganzen Härtefallmassnahmen. Das hat der Landrat auch gemacht, parteiübergreifend und mit Zuversicht, und damit konnte etwas erreicht werden. Im Landrat sind 90 Experten vertreten, alle haben ihren eigenen Standpunkt. Marc Scherrer arbeitet bei Manor und setzt sich auch für eine möglichst schnelle Öffnung des Detailhandels ein. Der Landrat wird aber nie, auch nach einer vierstündigen Diskussion, auf einen gemeinsamen Standpunkt kommen. Die Diskussion läuft irgendwo ins Leere. Der Landrat soll sich doch bitte wieder auf diejenigen Dinge fokussieren, bei denen parteiübergreifend etwas dem Kan-

ton zurückgegeben werden kann und an denen konstruktiv gemeinsam gearbeitet werden kann. Deshalb der Antrag auf Schliessung der Rednerliste. Regierungsrat Thomas Weber hat schon mehrfach erwähnt, dass er sehr liberal und schnell für eine Öffnung aller Bereiche ist. Dem Regierungsrat soll auch weiterhin Vertrauen entgegengebracht werden.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) fragt, ob es Wortmeldungen zum Antrag gebe. Es befinden sich noch zwei Personen auf der Liste, die ihr Votum auf jeden Fall noch halten können.

Laut **Reto Tschudin** (SVP) unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag auf Schliessung der Rednerliste. Es ist aber so, dass der Sinn des Ordnungsantrags etwas verkannt wird, wenn man gleichzeitig ein ausführliches inhaltliches Votum hält, wie dies Marc Scherrer getan hat. Reto Tschudin findet es aber schade, dass die sehr angeregte Diskussion mit dem Antrag auf Schliessung der Rednerliste zu einer unwürdigen Diskussion degradiert wird.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) lässt über den Antrag auf Schliessung der Rednerliste abstimmen.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag auf Schliessung der Rednerliste mit 45:25 Stimmen bei 11 Enthaltungen zu.

Pascale Meschberger (SP) gibt zu bedenken, dass es letzten Herbst horrende Zahlen von an Covid-Erkrankten und Todesfällen gab. Danach hat die Schweiz etwas lange zugewartet, was international für Kopfschütteln gesorgt hat. Kurz vor Weihnachten wurde dann im Vergleich zu den Nachbarländern ein relativ milder Lockdown eingeführt. Daraufhin gingen die Zahlen relativ schnell zurück. Hier hat man also etwas richtig gemacht.

Ursula Wyss Thanei (SP) sagt, das Postulat fordere weder ein intelligentes Konzept, eine Balance, noch den Geist nach Bern zu tragen. Sondern es fordert relativ klar eine umgehende Lockerung des Lockdowns und hält fest, welche Lockerungen vollzogen werden sollen. Die Rednerin bittet alle nochmals darum, sich genau zu Gemüte zu führen, ob die deutliche Forderung unterstützt werden soll. Sie könnte das Postulat dann unterstützen, wenn es ein schnelles, aber der Pandemie-Situation entsprechendes Handeln fordern würde, damit – sollte es die Lage zulassen – die Menschen wieder diejenigen Dinge machen können, die ihnen wichtig sind. Die im Postulat formulierten Forderungen sind zu stark.

://: Mit 44:34 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
